nr. 2 – märz / april 2016

ecke turmstraße

Seite 3: Ein Konzept für die Turmstraße 75 Seite 6/7: Wohnungen für Flüchtlinge – ein Interview
Seite 8: Runder Tisch Tourismus Mitte Seite 9: Das Afrikahaus in der Bochumer Straße

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, wo sich dieser Ort genau befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: Ecke Turmstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecketurm@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 25. April. Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir das Buch »Der ganz normale Wahnsinn in der Nachtschicht – Berlin-Street-Taxi« des Moabiter Autors Aro Kuhrt, der Erlebnisse aus 15 Jahren seiner Taxifahrer-Tätigkeit schildert. Unsere letzte Rätselecke zeigte das Wandbild an der Turmstraße 85 (Falafel Humbaba) auf der Seite zum Ottopark. Gewinnerin ist Mechtild Kleine-Kalmer. Herzlichen Glückwunsch! Das Buch wird Ihnen per Post zugesandt.

Klara-Franke-Preis 2016 verliehen

Am 6. März hat der Verbund für Nachbarschaft und Selbsthilfe Moabit den diesjährigen »Klara-Franke«-Preis für gute Nachbarschaft verliehen. Mitglied im Verbund sind das Stadtschloss Moabit des Moabiter Ratschlags e.V., die Selbsthilfe-, Kontakt- und Beratungsstelle Mitte, der B-Laden des »Vereins für eine billige Prachtstraße – Lehrter Straße e.V.«, der Kiez Kids Klub K3, das SOS-Kinderdorf und das Zille-Haus mit Zille-Klub und Familienzentrum. Eine Jury aus Ehrenamtlichen der Mitgliedsvereine entschied unter Leitung der Schirmfrau Ingrid Thorius, der Tochter von Klara Franke.

Die Preisträger 2016 sind die Seniorinnen und Senioren der Initiative »Hansa-Ufer 5«. Die Bewohner der ehemals bezirkseigenen Seniorenanlage wehrten sich seit 2014, nach dem Verkauf des Hauses an eine private Immobiliengesellschaft, gegen die beabsichtigte Modernisierung des Hauses, die wohl das Ende der bisherigen Gemeinschaft bedeutet hätte. Sie organisierten zahlreiche phantasievolle öffentlichkeitswirksame Aktionen, um auf die Situation aufmerksam zu machen, und erreichten schließlich, dass der neue Eigentümer seine Pläne auf Jahre verschoben hat. Die Jury würdigte das große Engagement der betagten Bewohner als »wunderbares Beispiel von Mut, Beharrlichkeit, Willenskraft und Kreativität – sie haben vielen Menschen Hoffnung gegeben, die mit vergleichbaren Problemen kämpfen, denn Verdrängung aus der Wohnung betrifft viele ältere Menschen besonders in den Ballungsgebieten.« – Wir gratulieren den Preisträgern! *us*

Termine

Plenum der Stadtteilvertretung

Die nächsten öffentlichen Plena der Stadtteilvertretung Turmstraße finden am Montag, dem 21. März, und am Montag, dem 25. April jeweils um 19–22 Uhr statt. Ort: Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, Balkonsaal. Mehr Informationen zur Stadtteilvertretung unter www.stv-turmstrasse.de

Runder Tisch Gentrifizierung

Jeden 2. Dienstag im Monat, 19–21 Uhr, Ort bitte erfragen unter Telefon 397 52 38 oder im Internet unter www.wem-gehoert-moabit.de Alle interessierten Mieter sind herzlich eingeladen! Nächster Runder Tisch: 12 April. Zur »Aktion Mietenalarm in Moabit« gibt es die Facebookseite www.facebook.com/mietenalarm

Stadtteilplenum QM Moabit-West

Das Plenum, organisiert vom Moabiter Ratschlag e.V. und dem Quartiersmanagement Moabit West, tagt jeden dritten Dienstag im Monat im Stadtschloss Moabit – Nachbarschaftstreff, Rostocker Straße 32b. Mehr unter Telefon 39 90 71 95 oder www.moabitwest.de

Regelmäßige Beratungsangebote im Stadtschloss Moabit

- *Sozialberatung, Mi, 13–15 und 16–18 Uhr*
- *Patientenverfügung Plus: Do, 16–18 Uhr, Anmeldung unter Telefon 0158-14 38 60 13*

Ecke Turmstraße
Die nächste »Ecke Turmstraße« erscheint Anfang Mai. Redaktionsschluss ist Freitag, der 22. April. Sämtliche Ausgaben sind abrufbar unter: www.turmstrasse.de/oeffentlichkeitsarbeit/stadtteilzeitung.html

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Ein Konzept für die Turmstraße 75

Auf einer Informationsveranstaltung am 23. Februar wurden die weiteren Schritte zur Entwicklung eines Nutzungskonzepts und zur Umgestaltung des »Brüder Grimm Hauses« vorgestellt.

Die musikalische Einstimmung hätten die Schüler der Fanny Hensel Musikschule nicht passender wählen können. Sie spielten die Filmmelodie eines berühmten britischen Geheimagenten und trafen damit den Takt des Abends.

»Es wird spannend«, fasste Amtsleiter Michael Weiß die Herausforderungen zusammen. Das Amt für Weiterbildung und Kultur soll in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt das Brüder-Grimm-Haus (Turmstraße 75) in den nächsten Jahren zu einem Zentrum für Bildung und Kultur weiter entwickeln und stärker für den Stadtteil öffnen. Keine leichte Aufgabe.

In der Turmstraße 75 sind viele unterschiedliche Nutzer zu Hause: das Berlin Kolleg, die Galerie Nord, die Volkshochschule Mitte, die Fanny-Hensel-Musikschule, der Verein Lesewelt e.V., um nur einige zu nennen. Trotz des breiten Angebots gibt es jedoch Hürden und ungenutzte Potenziale. Es gibt viele verschachtelte Flure und schwer auffindbare Ein- und Aufgänge. Ein Foyer oder ein gemeinsamer Internetauftritt des Hauses fehlen in Gänze. Hinzu kommen bauliche Mängel und Schäden.

Dass gehandelt werden musste, war den zuständigen Behörden schon lange klar. Mit der Förderkulisse »Aktives Zentrum« eröffnete sich die zeitlich begrenzte Möglichkeit Versäumnisse der Vergangenheit zu korrigieren. Das Vorhaben ist ambitioniert. Einerseits geht es darum, bauliche Verbesserungen am Gebäude vorzunehmen und gleichzeitig mit den derzeitigen Nutzern, unter Einbeziehung der Bevölkerung, inhaltliche Konzepte zu entwickeln, um den Gebäudekomplex zu einem offenen und gastfreundlichen Zentrum zu entwickeln.

Bereits 2012 wurden mit Hilfe der AZ-Mittel Baumaßnahmen angemeldet, um Schäden an Dach und Fassade zu beheben. Im Jahr 2014 beauftragte der Bezirk dann Prof. Bernd Käpplinger von der Humboldt-Universität Berlin mit einer umfangreichen Bestands- und Bedarfsanalyse. Diese Analyse (einsehbar unter www.turmstrasse.de) dient als Grundlage für den weiteren Entwicklungsprozess. Bis Ende 2016 sollen ein Nutzungskonzept und erste räumliche Entwurfsideen erstellt werden. Mit der Umsetzung wurde die Architektin Prof. Susanne Hofmann beauftragt, die sich mit ihrem Büro »die baupiloten« auf partizipativen Bildungs- und Wohnungsbau spezialisiert hat. Sie konzipieren Bauprojekte für Kitas, Schulen, Universitäten oder öffentliche Orte – immer unter aktiver Beteiligung der Nutzer. Gemeinsam mit der interdisziplinären Stadtentwicklungsgesellschaft »Stattbau« soll bis Ende dieses Jahres ein Modell entwickelt werden, das architektonisch greifbar wird.

Die Steuerungsrunde und ein berufener Beirat werden diesen Prozess steuern und begleiten. Der Beirat setzt sich aus Vertretern der zuständigen Behörden (Amt für Weiterbildung und Kultur, Hochbauamt, Stadtplanungsamt, Umwelt- und Denkmalschutz) sowie Vertretern der jetzigen Nutzer, des Quartiersrats und der Stadtteilvertretung zusammen. Auf zwei großen Veranstaltungen sollen die Teilergebnisse dann einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden. Am Samstag, dem 16. April, wird eine Zukunftswerkstatt durchgeführt. Dort sollen auch die Bürger Vorschläge einbringen können. Im Herbst 2016 werden an einem »Tag der offenen Tür« erste Ergebnisse vorgestellt.

Der Informationsabend war mit Spannung erwartet worden, der Konzertsaal der Musikschule bis auf den letzten Stuhl gefüllt. Der Bedarf für ein Bildungs- und Kulturzentrum in Moabit ist groß. Aus dem Publikum, vorwiegend von Vertretern der Stadtteilvertretung, kam Kritik an dem bisherigen Verfahren. Fehlende Informationen und mangelnde Transparenz wurde kritisiert sowie die geringen Möglichkeiten, die Entwicklung des »Brüder Grimm«-Hauses mitzubestimmen. Der partizipatorische Ansatz, den »die baupiloten« und »Stattbau« verfolgen, sei in Wirklichkeit nur Fassade, so der Vorwurf. Es wurde angeregt, statt einer einzigen Zukunftswerkstatt mehrere Termine einzurichten, um Vorschläge und Ideen der Bevölkerung aufzunehmen. Eine Veröffentlichung der Beiratsprotokolle könnte den Prozess transparenter gestalten.

Stadträtin Sabine Weißler stellte klar, dass alle bisherigen Nutzer auch in Zukunft im Haus bleiben werden. Bei der Konzeptentwicklung des neuen Brüder-Grimm-Hauses geht es also weniger darum, neue Initiativen fest in das Haus zu integrieren, sondern nach Wegen zu suchen, wie sich die bisherigen Konzepte mit neuen Ideen kombinieren lassen – etwa durch eine bessere Auslastung bestimmter Räumlichkeiten, die in Zukunft auch anderen Akteuren zur Verfügung stehen könnten. Auch wenn nicht alle Hoffnungen und Wünsche erfüllt werden, so biete das Haus doch viel Entwicklungspotenzial, das am Ende allen Moabitern zugute kommt. *Nathalie Dimmer*

Zukunftswerkstatt am 16. April, 10–15 Uhr, Turmstraße 75, Aula der Musikschule

JVS Bremer Straße: Immer noch keine BVV-Entscheidung

Noch immer ist nicht entschieden, ob die Jugendverkehrsschule Moabit (JVS) an der Bremer Straße geschlossen wird. Die zuständige Schulstadträtin Sabine Smentek informierte im Februar die Sprecher der Stadtteilvertretung über den Stand der Dinge. Demnach gilt immer noch der Bezirksamtsbeschluss von Juni 2015, den Standort aufzugeben und ins Finanzvermögen des Bezirks zu überführen. Auf dem landeseigenen Grundstück könnten dann preiswerte Wohnungen gebaut werden. Der BA-Beschluss wurde auch vor dem Hintergrund des bezirklichen Sparhaushalts gefasst, der mit dem Senat und dem Abgeordnetenhaus abgestimmt ist – dieses Konsolidierungskonzept verpflichtete den Bezirk zu finanziellen Sparmaßnahmen. Angesichts dreier Verkehrsschulstandorte im Bezirk (Gottschedstraße im Wedding, Bremer Straße in Moabit, Berolinastraße in Mitte-alt) hatte die Schulverwaltung vorgeschlagen, den nicht ausgelasteten und stark sanierungsbedürftigen Standort Bremer Straße zu schließen und die Kapazitäten auf den Weddinger Standort zu konzentrieren. Dieser wird inzwischen vom freien Träger »Wendepunkt e.V.« betrieben, der mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch entsprechendes Personal stellen kann, sein Angebot ausbaute und noch Kapazitäten z.B. für Moabiter Schulen hat. Denkbar wären auch Angebote für Flüchtlingsfamilien.

Doch die Entscheidung, ob der JVS-Standort Bremer Straße aufgegeben wird, liegt letztlich nun bei der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Sie muss eine Entscheidung treffen, vertagt die Beschlussfassung aber schon seit Monaten aufgrund »politischer Konstellationen«. Zur Entscheidungsfindung liegt der BVV auch das neue Mobilitätserziehungskonzept der Schulverwaltung vor.

Bis zu einer endgültigen BVV-Entscheidung, so Smentek, ist die JVS Bremer Straße weiter offiziell in Betrieb und kann von Schulen und Kitas in Anspruch genommen werden, die Schulen werden darüber informiert. Die Stadträtin widersprach auch dem kursierenden Gerücht, der JVS-Standort Berolinastraße sei endgültig geschlossen – er ist nur derzeit außer Betrieb, weil sich die Umbauarbeiten an der benachbarten Schule hinziehen.

Der Betrieb von Jugendverkehrsschulen ist – wie auch der von Schulgärten – nicht im Schulgesetz verankert. Er gehört nicht zu den Pflichtaufgaben der Bezirke, sondern ist eine freiwillige Leistung. In den JVS können Kindergarten- und Schulkinder im geschützten Raum und unter Anleitung das Radfahren und Verhalten im Straßenverkehr lernen. Meist nehmen Schüler von 3. und 4. Grundschulklassen das Angebot wahr, die Entscheidung darüber obliegt jedoch den Schulen selbst. *us*

MNTSL – Moabits Next Top Street Lamp

»Miss-Leuchte«-Wahl unter Kritik

Seit einigen Monaten ist die Waldstraße von sehr unterschiedlichen LED-Straßenlaternen erleuchtet. Im Januar schließlich lüftete die zuständige Senatsverwaltung das Rätsel: Die Waldstraße ist eine Teststrecke für die künftige Beleuchtung des Beusselkiezes, die Moabiter sollen mitbestimmen können, wie diese aussehen soll.

Wie berichtet, werden in ganz Berlin die herkömmlichen Gaslaternen nach und nach durch energiesparende LED-Leuchten ersetzt, abgesehen von ca. 3000 Gaslaternen in bestimmten Gebieten, die wegen des historischen Stadtbilds erhalten bleiben.

Für den Beusselkiez zwischen Turm- und Siemensstraße hat die Senatsverwaltung ein durchaus aufwändiges Bürgerbeteiligungsverfahren organisiert, das auch für die Verwaltung eine Premiere ist. Auf der Teststrecke Waldstraße wurden sieben unterschiedliche Laternentypen installiert, unter denen die Bürger die künftige »Quartiersleuchte« küren können. Ihr Votum können sie noch bis 30. April auf einem eigens dafür gedruckten Faltblatt abgeben oder aber online auf einer Website, die die Senatsverwaltung dafür eingerichtet hat (s.u.) Dazu organisiert die Senatsabteilung gemeinsame Kiezspaziergänge zur Besichtigung der Lampen und Diskussion.

Die bisherigen gestalteten sich recht lebhaft, ebenso wie eine Debatte im Stadtteilplenum des QM Moabit-West zum Thema. Etliche Moabiter zeigen sich nämlich wenig begeistert vom Design und der Funktionalität der vorgestellten modernen Modelle. Oft wird gefragt, warum nicht einfach die alten Laternen auf LED-Technologie umgerüstet werden, wie es vielerorts erfolgreich geschieht. Hier argumentiert die Senatsverwaltung, dass die örtliche Polizei um eine insgesamt bessere Ausleuchtung der Straßenzüge gebeten habe, weil z.B. Autoeinbrüche zunähmen. Dies sei mit den herkömmlichen Laternen nicht gegeben. Anwohner monierten jedoch, dass für diese Argumentation bislang keine handfesten Belege (z.B. Statistiken) geliefert wurden. Außerdem kritisieren sie die Manipulierbarkeit des Abstimmungsverfahren: so konnte man geraume Zeit beliebig oft ein Votum abgeben, auch unabhängig davon, ob man überhaupt im Gebiet lebt. Und es fehle die Abstimmungsoption, die alten Laternen mit neuen LED-Leuchten zu versehen. Dafür könne aber zusätzlich das Feld für »Bemerkungen« genutzt werden, sagt die Senatsverwaltung. *us*

Nächste Spaziergänge: 23. März (18.30 Uhr), 6. April (20 Uhr) und 20. April (20.30 Uhr), Treffpunkt jeweils Waldstraße / Ecke Wiclefstraße. Die ausgefüllten Abstimmungsfaltblätter können beim QM Moabit West, oder beim Polizeiabschnitt 33 abgegeben werden.
www.stadtentwicklung.berlin.de/led-musterstrecke

»Übertüncht. Überstrichen. Alles weg!«

Als »Briefträger mit Briefträgeraugen« hat Uri Hart unmittelbar vor und nach der Wende verwitterte Häuserinschriften an verfallenen Fassaden gelesen, fotografiert und dazu recherchiert. Ihre Bilder erzählen von der Geschichte alter Viertel und ihrer Bewohner.
Ausstellung in der »Zunftwirtschaft«, Arminiushalle, Arminiusstraße 2 (direkt hinter dem Rathaus Turmstraße), Öffnungszeiten: Mo–Sa ab 16 Uhr, So geschlossen, MEDIssage am Samstag, 30. 4., 17 Uhr

Woher neues Bauland nehmen?

Bodenpreise binnen zweier Jahre verdoppelt

Im vergangenen Jahr sind die Grundstückswerte in Berlin wieder extrem gestiegen – in den Wohngebieten der Innenstadt um rund 50%. Auch im Jahr zuvor war der Anstieg schon erheblich: In den letzten beiden Jahren zusammen haben sich die Bodenpreise der Innenstadt rundweg verdoppelt. Das ist eine alarmierende Entwicklung, denn unter anderem wird Wohnungsneubau dadurch eher verhindert. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt will jetzt handeln und mehr Bauland ausweisen. Doch wo?

Ende Februar jeden Jahres veröffentlicht der »Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Berlin« eine aktuelle Karte mit den Bodenrichtwerten der Stadt. Darin sind die aktuellen Werte der Grundstücke (ohne die der darauf befindlichen Gebäude) eingetragen, die auf der Grundlage der Verkäufe des Vorjahres ermittelt wurden.

In den Wohngebieten um die Müllerstraße zum Beispiel stiegen die Werte von 370 Euro/qm am 1. Januar 2014 auf 750 Euro/qm am 1. Januar 2016, in Moabit nördlich der Turmstraße von 510 auf 1000 Euro/qm, in der Nördlichen Luisenstadt von 1000 auf 2000 Euro/qm. Im dortigen Sanierungsgebiet, das als Mischgebiet mit einem »ausgewogenen Verhältnis zwischen Dienstleistungs- und Wohnnutzung« charakterisiert ist, kletterte der Bodenrichtwert in den zwei Jahren von 700 auf 1600 Euro/qm und hat sich damit sogar mehr als verdoppelt.

Dort gibt es mehrere größere, noch unbebaute Grundstücke, für die alle auch schon Bauvorbescheide oder gar Baugenehmigungen erteilt wurden – im Sanierungsgebiet wird darüber regelmäßig der Betroffenenvertretung berichtet. Tatsächlich gebaut wurde aber kaum. Fragt man nach den Ursachen, so zucken die Experten mit den Achseln: Wenn unbebaute Grundstücke so rapide im Wert steigen wie jetzt, dann warten etliche Eigentümer lieber ab. Warum das Risiko einer Investition auf sich nehmen, wenn der nächste »Investor« schon bereit steht und einem den ursprünglichen Einsatz verdoppelt oder verdreifacht?

»Wohnen muss bezahlbar bleiben, deshalb müssen wir die Bodenspekulation verhindern,« sagt der für Wohnen zuständige Staatssekretär Engelbert Lütke Daldrup: »Berlin muss schnell mehr Bauland ausweisen.« Eine »Planungs-Task-Force« mit 50 zusätzlichen Stellen, 20 davon in den Bezirken, werde aufgebaut, damit mehr Bebauungspläne in kürzerer Zeit bearbeitet werden könnten. Ob das ausreicht, sei dahingestellt. Denn die große Frage ist: Auf welchen Flächen soll dieses neue Bauland denn so massenweise entstehen? Wo hat die Stadt noch wesentliche Reserven, die für diesen Zweck eingesetzt werden könnten?

Deutlich schwächer stiegen dagegen die Bodenwerte in Gewerbegebieten. So hat sich zum Beispiel der Grundstückswert des Geländes von Bayer HealthCare (ehemals Schering) im Wedding in den beiden Jahren nur von 400 auf 500 Euro/qm erhöht, der des Gasturbinenwerkes von Siemens und der des Großmarkts in Moabit von 90 auf 110 Euro/qm. Natürlich kann man nicht einfach diese Gebiete zu Bauland für Wohnungen umwandeln, aber man könnte durchaus die Gewerbegebiete der Stadt nach geeigneten Flächen durchsuchen. Beispielsweise werden bald viele Betriebe das Umfeld des Flughafens Tegel verlassen, die jetzt noch für den Flughafen arbeiten.

Eine solche Strategie wird jedoch auf Widerstand in der Senatsverwaltung für Wirtschaft und der Berliner Industrie- und Handelskammer stoßen. Die Lobby derer, die von einer neuerlichen Industrialisierung Berlins träumen, ist stark und Flächen, die für Gewerbeansiedlungen zur Verfügung stehen, werden von ihr eisern verteidigt. Zusätzliche Jobs entstanden dort in den vergangenen Jahren aber nicht gerade. Auch Büroflächen sind trotz Jobwachstums nicht knapp geworden und werden oft sogar in Wohnungen umgewandelt. Immer mehr Menschen arbeiten im »home office« in der eigenen Wohnung: Auch darauf sollte sich die Stadt einstellen und ihre Flächennutzungsplanung entsprechend korrigieren. *cs*

Die Karte mit den Berliner Bodenrichtwerten der vergangenen Jahre findet man im Internet unter http://fbinter.stadt-berlin.de/boris

Bildecke

»Ohne die Aufnahmebereitschaft der Berliner wird es nicht gehen«

Ephraim Gothe über Flüchtlingsunterkünfte in Berlin

Ephraim Gothe war bis 2011 Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung in Mitte und danach bis 2014 Berliner Staatssekretär für Wohnen. Inzwischen ist er im »Landesweiten Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement« für die künftige Unterbringung der Flüchtlinge zuständig.

Herr Gothe, es heißt, im vergangenen Jahr seien ca. 80.000 Flüchtlinge in Berlin angekommen. Berlin ist aber nur dazu verpflichtet, etwa 5 % der Flüchtlinge unterzubringen, die insgesamt nach Deutschland kommen. Bei insgesamt 1,1 Millionen wären das nur 55.000. Wie erklärt sich der Unterschied?

Addiert man die einzelnen Tagesankünfte, so kommt man tatsächlich auf eine Summe von rund 80.000. In den verschiedenen Einrichtungen wurden jedoch nur etwa 52.000 untergebracht. Denn viele, die zum Beispiel in Sonderzügen aus Bayern hergeschickt wurden, zogen anschließend sofort weiter – zu Verwandten in anderen deutschen Städten zum Beispiel oder in Nachbarländer wie Schweden oder Holland.

Mit wie vielen Flüchtlingen rechnen Sie in diesem Jahr? Der Bund will ja dafür sorgen, dass sich die Zahl deutlich reduziert …

Keiner kann das seriös abschätzen. Der Senat geht aber für Berlin von weiteren 50.000 in diesem und nochmals so vielen im nächsten Jahr aus. Das ist jedenfalls die Zahl, auf die wir uns einrichten. Denn es werden außer neuen Flüchtlingen auch noch nachziehende Familienangehörige jener, die bereits hier sind, dazu kommen. Und mit einer Aufenthaltserlaubnis wird vielen Flüchtlingen ja auch die Freizügigkeit innerhalb Deutschlands gewährt. Etliche werden dann in die Ballungsräume, also auch nach Berlin ziehen.

Und wo sollen sie untergebracht werden?

Um es gleich zu sagen: Ohne die Bereitschaft der Berlinerinnen und Berliner, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, wird es nicht gehen. Wir haben das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk EJF damit beauftragt, Flüchtlinge aus Gemeinschaftsunterkünften in Wohnungen zu vermitteln. Mehr als 2000mal ist das im vergangenen Jahr auch schon gelungen. In diesem Jahr sollte die Zahl fünfstellig werden. Es haben sich auch schon rund ein Dutzend Initiativen in diesem Bereich gebildet, wie zum Beispiel »Flüchtlinge Willkommen«, die Zimmer in Wohngemeinschaften vermittelt. Auch die Bezirke bauen jetzt solche Vermittlungsplattformen auf, in Mitte ist Stadtrat Stephan von Dassel da sehr aktiv. Viele Berlinerinnen und Berliner wohnen in großen Wohnungen und hätten durchaus die Möglichkeit, noch jemanden aufzunehmen. Die Kosten werden dann bis zu den am Mietspiegel ausgerichteten Obergrenzen der »Ausführungsvorschrift Wohnen« übernommen, die auch für Hartz-IV-Empfänger gelten. Dabei können sie sogar bis zu 10 % darüber liegen, weil die Flüchtlinge akut von Obdachlosigkeit bedroht sind. Über all dies berät auch das EJF in seiner Beratungsstelle am LaGeSo.

Ch. Eckelt

Aber Berlin will ja auch bauen. Kurzfristig zum Beispiel neue Containerdörfer – dabei hieß es noch vor einigen Monaten, der Markt für solche Container sei in Deutschland absolut leergefegt.

Das hat der Weltmarkt inzwischen reguliert: Bei uns gehen genügend Angebote aus allen Teilen der Erde ein, zuletzt zum Beispiel über 500 Wohncontainer, die ursprünglich für die Erdölexploration in Sibirien gefertigt wurden, wegen des Ölpreisverfalls jetzt aber nicht eingesetzt werden. Wir wollen in diesem Jahr rund 12.000 bis 15.000 Plätze in solchen Wohncontainern einrichten und verhandeln mit den Bezirken über die Standorte. Dazu kommen dann noch weitere ungenutzte Bürogebäude wie etwa das Rathaus Friedenau.
Am ehemaligen Flughafen Tempelhof werden rund 4.000 zusätzliche Plätze in Hallen eingerichtet. Hier entsteht dann der zentrale Ort des Ankommens, an dem auch die Behörden vertreten sein werden: das LaGeSo, die Ausländerbehörde und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, aber auch das Jobcenter. Wir müssen so schnell wie möglich von den Sporthallen wegkommen. Das ist die schlechteste aller Varianten – für die Berliner, für die Flüchtlinge selbst, aber auch für die Finanzen der Stadt: Nichts ist so teuer wie die Notunterbringung in Sporthallen, weil man hier besonders viel Personal benötigt.

Was ist mit den »MUFs«, den »Modularen Unterkünften für Flüchtlinge« von denen so oft die Rede ist?

Wir rechnen damit, dass bis Jahresende die ersten 3.000 bis 4.000 Plätze fertig sind, der größte Teil wird aber erst 2017 folgen. Diese industriell vorgefertigten Systeme lassen sich deutlich schneller bauen als konventioneller Wohnraum, darin liegt der große Vorteil. Die Kosten dagegen sind meist nicht niedriger – obwohl es bei Holzkonstruktionen mit bis zu drei Geschossen sehr interessante Angebote gibt.
Diese »MUFs« dienen dann als Gemeinschaftsunterkünfte für Familien oder Wohngemeinschaften von Flüchtlingen. In der Standardversion der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung haben sie Gemeinschaftsküchen. Der Großteil dieser modularen Bauten wird allerdings von den sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und der ebenfalls landeseigenen Immobiliengesellschaft Berlinovo errichtet, wobei diese sich nicht an die Standardversion halten müssen. Da die Gebäude ja dauerhaft stehen bleiben sollen, werden sie so geplant, dass sie ohne großen Aufwand auch für andere Zwecke genutzt werden können, etwa als Studentenwohnheime oder auch als normale Wohnungen. Es wird sehr flexible Varianten geben, wir sind da sehr gespannt.

Besteht nicht die Gefahr, dass sich damit soziale Brennpunkte bilden?

Wir bemühen uns sehr darum, die Standorte möglichst über die ganze Stadt zu verteilen, und nutzen dazu landeseigene Grundstücke oder solche landeseigener Unternehmen. Auch der evangelische Friedhofsverband stellt Standorte auf Wirtschaftsflächen, die nicht mehr benötigt werden, zur Verfügung. Die einzelnen Standorte sollen jeweils rund 500 Bewohner aufnehmen können und sind etwa so groß wie ein bis zwei Fußballfelder. Es ist aber auch klar, dass es schwieriger ist, in der dicht bebauten Innenstadt solche Grundstücke zu finden.

Werden auch im Bezirk Mitte solche modularen Unterkünfte entstehen?

Klar ist noch nichts. Bisher ist nur ein einziger Standort im Gespräch: auf dem Gelände der Wiesenburg in der Weddinger Wiesenstraße. Dabei will die DEGEWO zusammen mit dem Verein Wiesenburg e.V. an die historische Nutzung als Obdachlosenasyl anknüpfen. Es gibt auch schon spannende Vorschläge, bei denen etwa auch Werkstätten in die Unterkünfte integriert werden.
In Mitte könnten aber auch zwei andere Standorte für Container zumindest temporär genutzt werden: zum einen der Parkplatz am Haus der Statistik in der Nähe des Alexanderplatzes (Otto-Braun-Straße) und zum anderen ein Gelände unweit des Flughafens Tegel: beim Zentralen Festplatz, der wie viele gar nicht wissen, ja auch zum Bezirk Mitte gehört.

Sie waren in letzter Zeit viel auf Reisen und haben sich angeschaut, wie andere Städte in Deutschland mit dem Problem umgehen. Was können wir in Berlin noch lernen?

Große Städte wie München, Hamburg, Köln oder Frankfurt wissen ja schon viel länger als Berlin, dass sie eine Wachstumsperspektive haben. Dort geht man dementsprechend auch mit Liegenschaften ganz anders um. Zwar hat sich auch in Berlin die Liegenschaftspolitik in den letzten Jahren grundsätzlich verändert – man verkauft nicht mehr einfach kommunale Grundstücke an den Meistbietenden, sondern achtet darauf, was mit den Grundstücken später passiert. In vielen anderen Städten betreibt die Kommune aber darüber hinaus eine aktive Liegenschaftspolitik: Sie kauft also strategisch auch Grundstücke auf, die in Zukunft gebraucht werden können. Dazu müssten wir in Berlin auch kommen.

Interview: Christof Schaffelder

Stadtforum am 4. April

Das nächste Berliner Stadtforum steht unter dem Motto: »Berlins neue Gründerzeit: Alle wollen wohnen.« Die Wohnungspolitik ist derzeit eines der dringlichsten Themen der Stadt.
Der Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Andreas Geisel, lädt ein, über das Thema gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft sowie der Berliner Stadtgesellschaft zu debattieren.
Wie kann das Leben und Wohnen im wachsenden Berlin gestaltet werden? Was bedeutet die neue, dritte Gründerzeit für Berlin? Was bedeuten das städtische Wachstum und das schnelle Bauen für die Quartiere und das Zusammenleben? Welche Architektur, welcher Städtebau, welche sozialräumlichen Konzepte sind erforderlich, um lebenswerte und nachhaltige Quartiere zu schaffen, die zu einer gelingenden Integration der Neu-Berlinerinnen und Neu-Berliner beitragen? Wie und wo werden Transformation und neue Quartiere organisiert?
Über die Frage »Alle wollen wohnen: Wie kann Berlin das schnell und gut schaffen?« kann außerdem online schon jetzt diskutiert werden: seit Ende Februar 2016 ist die aktualisierte Seite www.berlin.de/stadtforum als Forum freigeschaltet, bereits jetzt finden sich dort viele Beiträge. Dort ist auch das Programm des Abends einsehbar.

Stadtforum Berlin, 4. April, 18.00–20.30 Uhr, Ort: Tempodrom, Möckernstraße 10, 10962 Berlin
Die Teilnahme ist kostenfrei, eine Anmeldung nicht erforderlich.
www.berlin.de/stadtforum

»Wir müssen so schnell wie möglich von den Sporthallen wegkommen. Das ist die schlechteste aller Varianten – für die Berliner, für die Flüchtlinge selbst, aber auch für die Finanzen der Stadt.«

Ch. Eckelt

Die zwei Seiten des Tourismus

»Runder Tisch Tourismus« und der Erfahrungsaustausch »Stadtverträglicher Tourismus« diskutieren Handlungsoptionen

Im vergangenen Jahr wurden in Berlin erstmals mehr als 30 Millionen touristische Übernachtungen gezählt – mehr als dreimal soviel wie 1999. Touristen bringen viel Geld in die Stadt: visitBerlin, die offizielle Tourismusorganisation der Stadt, schätzt den Umsatz der Branche auf über 10 Milliarden Euro im Jahr, vor allem im Gastronomiegewerbe, im Einzelhandel und bei den Dienstleistungen. Ein Großteil davon wird im Bezirk Mitte erwirtschaftet.

Dort wird das allerdings nicht von allen als Segen empfunden. Rund 30 % der Bewohner des Altbezirks Mitte fühlen sich vom Tourismus eher gestört, so ergab eine Umfrage im vergangenen Jahr im Auftrag von visitBerlin. In ganz Berlin antworteten nur 15 % so – unter anderem, weil sie die illegale Vermietung von Wohnungen als Ferienwohnungen als bedrohlich empfinden. In Alt-Mitte jedoch spüren viele die Auswirkungen ganz konkret: Wenn manche Straßen ständig von Reisebussen verstopft sind, wenn sich Menschenmengen auf Bürgersteigen stauen oder sich der Einzelhandel im Gebiet nur noch an den Bedürfnissen der Touristen orientiert, nicht mehr an denen der Anwohner. Andererseits empfinden viele ein belebtes Wohnumfeld auch ausdrücklich als positiv. Problematisch wird es jedoch vor allem, wenn diese Belebung in der Nacht stattfindet und sich das Umfeld zur Partyzone entwickelt.

Zum zweiten Mal traf sich am 29. Februar der »Runde Tisch Tourismus« im Rathaus Mitte, einberufen von der Wirtschaftsförderung des Bezirks. Die Teilnehmer bestanden zum Großteil aus Profis: Gewerbetreibende aus der Branche, Polizisten, etliche Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bezirksverordnete sowie der auch für Wirtschaft zuständige Bezirksstadtrat Carsten Spallek. Konkret betroffene Anwohner waren jedoch eindeutig die Minderheit.

Das ausgegebene Ziel, »einen Beitrag zur weiteren Unterstützung der touristischen Entwicklung des Bezirks sowie zur Erhöhung der Akzeptanzhaltung der Bevölkerung in Hinblick auf negative Auswirkungen des Tourismus« zu leisten, schien die Bevölkerung nicht besonders anzusprechen.

Die organisiert sich unterdessen andernorts: Wenige Tage zuvor hatten sich mehrere Initiativen, vornehmlich aus Friedrichshain-Kreuzberg, im Roten Rathaus zum berlinweiten Erfahrungsaustausch »Stadtverträglicher Tourismus« getroffen und einen umfangreichen Maßnahmenkatalog verabschiedet: Darin enthalten sind Vorschläge für striktere Regelungen der Baunutzungsverordnung und der Lärmschutzverordnung, Forderungen wie die Einführung einer »Pipi-Steuer« für Getränkeverkäufer zur Finanzierung öffentlicher Toiletten und eines Pfandsystems für Wegwerfverpackungen oder die Etablierung von »Tourismusbeauftragten« auf Landes- und Bezirksebene.

So konkrete Vorschläge lieferte der »Runde Tisch Tourismus« noch nicht. Immerhin konnte man erfahren, dass es Überlegungen gibt, eine Art »Regionalmanagement« rund um den Alex anzustoßen. Ein solches existiert bereits in der City West: Dort kümmert sich ein von der Senatsverwaltung Wirtschaft, Forschung und Technologie finanzierter Regionalmanager um die Standortpflege, allerdings in Zusammenarbeit mit dem »Aktiven Zentrum City West«, das auch Zugriff auf Städtebaufördermittel gewährleistet. Die stünden einem »Regionalmanagement Mitte« nicht zur Verfügung, so dass noch ziemlich unklar blieb, mit welchen Mitteln sich das Management um was genau kümmern soll. Nach dem vorliegenden Organigramm lägen die Schwerpunkte in den Bereichen Kultur, soziales Platzmanagement und Wirtschaft (»City-Management«). Noch nicht klar sind zudem die lokalen Gebietsgrenzen: »Wir gehen bisher von der Bezirksregion Alexanderplatz aus«, erklärte Beate Brüning von der Wirtschaftsförderung Mitte, »werden das aber noch einmal überprüfen.« Die Bezirksregion erstreckt sich von der Charité über die Spandauer Vorstadt bis zur Karl-Marx-Allee und die Nördliche Luisenstadt, spart aber die Friedrichstadt aus (Bezirksregion »Regierungsviertel«) und damit auch wichtige touristischen Hotspots.

Einen starken Praxisbezug erreichte der Runde Tisch jedoch über die Beiträge des Präventionsbeauftragten des lokalen Polizeiabschnitts und der anwesenden Mitarbeiterin des Landeskriminalamtes. Denn natürlich sind die Touristengebiete auch Operationsfelder organisierter Kriminalität. Derzeit sind etwa am Alex verstärkt falsche Spendensammler unterwegs. Das Perfide dabei: Die Trickbetrüger stecken sich nicht nur die Bargeld-Spenden in die eigene Tasche, sondern arbeiten mit Taschendieben zusammen, die genau darauf achten, wo die Geldbörse verstaut wird, um sie anschließend zu stehlen.

An diesem Punkt zumindest blitzte eine Idee davon auf, wie sich ein funktionierendes lokales Netzwerk aus Gastronomen, Einzelhändlern und Dienstleistern positiv auswirken könnte – wenn die ihre Kunden entsprechend informierten und an gezielten mehrsprachigen Aufklärungskampagnen teilnähmen. Ob Ähnliches auch zur »Erhöhung der Akzeptanzhaltung der Bevölkerung« denkbar wäre? Dazu müsste man aber auch anerkennen, dass es auch negative Auswirkungen des Tourismus gibt und dass langfristig alle davon profitieren würden, wenn es gelänge, diese in gewissen Grenzen zu halten. *cs*

Ch. Eckelt

Die Maßnahmenvorschläge zum stadtverträglichen Tourismus findet man unter anderem auf der Website www.lokal-leben.org (Aktuelles, 2. Berlinweiter Erfahrungsaustausch).

»Wir waren selber unsere erste Zielgruppe«

Ch. Eckelt

Oumar Diallo gründete 1993 das Afrikahaus in der Bochumer Straße 25, um Afrikanern und Afrika-Interessierten ein Dach für Veranstaltungen und Treffen zu bieten. Mittlerweile ist das Haus zu einer etablierten Einrichtung für politische Bildung geworden: selbst das Außenministerium ruft regelmäßig an.

Die Tische sind alle gut besetzt, im Hintergrund läuft dezenter Afro-Pop: Im Afrikahaus findet heute ein Dodo-Event statt. Die im englischsprachigen Teil Kameruns geborene Vivian Bender steht am Eingang des Raumes hinter einem Tisch und bereitet die von ihr kreierten Dodo-Wraps namens »dodo roll« selbst zu: Dodo heißt gegrillte Kochbanane, und genau die ist neben Ziegenkäse, Rindfleisch oder Paprikagemüse eine Hauptzutat der Wraps.

»Das erste afropolitan Mainstream-Produkt der Kategorie Fastfood«, nennt Vivian Bender ihre Gourmet-Wraps selber. Sie sind so etwas wie der afrikanische Döner, mit dem feinen Unterschied, dass alles, was drin ist, bio und/oder frisch ist: Made in Berlin aus Zutaten westafrikanisch-kreolischer Küche, abgestimmt auf den internationalen Geschmack.

Vivian Bender, die mit ihren Gourmet-Wraps heute vor allem Berliner und europäischstämmige Anwohner aus dem unmittelbaren Moabiter Kiez angelockt hat, ist eine von mehr als hundert Kooperationspartnern des Afrikahauses, die die Räumlichkeiten nutzen. In diesem Rahmen findet das Dodo-Event der Wahlberlinerin an jedem letzten Freitag des Monats im Afrikahaus statt.

Das Afrikahaus ist ein gemeinnütziger Verein und zugleich Veranstaltungs- und Versammlungsort verschiedener Vereine, die sich um Afrika drehen. Gegründet wurden das Haus und sein Trägerverein Farafina – was in der westafrikanischen Sprache Malinke Afrika bedeutet – 1996 von dem aus Guinea stammenden Oumar Diallo.

Diallo, der in Frankreich Soziologie studiert hatte, ist seinem Bruder zu Beginn der 90er Jahre nach Berlin gefolgt und geblieben. Deutschland hat ihn schon in Guinea interessiert: »Da habe so viel Schlechtes gelesen, dass ich neugierig wurde, das Land kennenzulernen.«

In Berlin angekommen, stellte Diallo fest, dass es in Deutschland und Europa an Wissen über Afrika hapert und es nicht einmal Begegnungsstätten für Afrikaner gab. »Afrika wurde immer nur mit Hunger assoziiert. Das war nicht mein Afrika. Ich wollte zeigen, wie ich Afrika sehe.«

Mit dem Afrikahaus wollte Diallo eine Begegnungsstätte für alle Afrikaner und Afrika-Interessierten schaffen, einen Ort mit politischem Bildungsauftrag und regelmäßigen Veranstaltungen, die die Vielfalt der afrikanischen Länder abbilden. Nachdenklich fügt er hinzu: »Wobei ich selber Afrika auch erst in Europa kennengelernt habe. Erst hier bin ich Menschen aus anderen afrikanischen Ländern begegnet.«

Mittlerweile ist sein Haus ein etablierter Bildungsträger: Selbst das Außenministerium ruft Diallo an, wenn es um Afrika-Themen geht. Wenn beispielsweise eine Delegation kommt, um das deutsche Bildungssystem kennenzulernen, wird Diallo gebeten, einen Kontakt zu hier lebenden Afrikastämmigen herzustellen, die aus eigenen Erfahrungen berichten können.

»Wir sind zwar nicht der einzige afrikanische Kulturverein, aber das Außenministerium wendet sich an mich, weil sie einfach sagen: ›Dem können wir trauen. Der hält seit Jahren das Afrikahaus am Laufen.‹« Das Afrikahaus ist eines der wenigen Kulturzentren Berlins, die sich ohne staatliche Unterstützung selbst tragen können: Die Miete wird von allen Vereinen, die die Räumlichkeiten nutzen, anteilig bezahlt.

Jedes Jahr finden im Afrikahaus über 300 Veranstaltungen unterschiedlichster Art statt: von Lesungen über Vorträge, Filme, Musikveranstaltungen, Ausstellungen, Workshops, Lecture Performances bis hin zu Gastvorträgen über aktuelle politische Themen in den einzelnen afrikanischen Ländern. Zurzeit ist neben den laufenden Veranstaltungen auch eine Dauerausstellung über afrikanische Politikerinnen zu sehen: Fotos mit kurzen Texten über Biografie und Wirken.

Diallo selbst kümmert sich neben gelegentlichen Anfragen des Außenministeriums hauptsächlich um die organisatorischen Belange seines Vereins: Welcher Verein wann um welche Zeit die Räumlichkeiten zur Nutzung zur Verfügung gestellt bekommt und was das nächste Ausstellungsthema werden könnte. Nebenbei hilft er Menschen afrikanischer Herkunft beim Umgang mit Behörden.

Es kommen aber auch immer mehr Lehrer benachbarter Schulen direkt auf ihn zu, erzählt er. Entweder wird Diallo von ihnen gebeten, für Vorträge zu bestimmten Themen in die Schulen zu kommen, oder die Lehrer kommen mit ihren Schülern direkt ins Afrikahaus. »Da zeige ich ihnen dann konkrete Dinge, mache quasi Unterricht zum Anfassen«, lächelt der 65-Jährige, der um die 20 Jahre jünger wirkt.

»Zum Beispiel zeige ich ihnen dann, wie man typische Fruchtshakes macht. Oder wie man ›Awale‹ spielt, eines der beliebtesten afrikanischen Brettspiele.« Aktuell denkt Diallo darüber nach, sein Angebot auszuweiten und etwas für Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern auf die Beine zu stellen: »Sobald ich die Zeit finde, will ich etwas ganz Konkretes anbieten, so etwas wie einmal die Woche zusammen kochen. Wichtig ist, dass die Neuangekommenen einen Raum bekommen, in dem sie ankommen und etwas über das Leben hier erfahren können.« *Eva-Lena Lörzer*

Afrika-Haus, Bochumer Straße 25, Telefon 392 20 10, www.afrikahaus-berlin.de

Zentrales Bürgeramt für Flüchtlinge

Während die Überlegung, in der Heilandskirche eine zusätzliche Registrierungsstelle des LaGeSo für Flüchtlinge einzurichten, inzwischen ad acta gelegt wurde, wird ein anderes Vorhaben nun umgesetzt: Im Rathaus Tiergarten wird ein zentrales Bürgeramt für Flüchtlinge eingerichtet. Dafür wird das bestehende Bürgeramt erweitert und mit 20 zusätzlichen Stellen ausgestattet, um ein neues zentrales »Kompetenzzentrum Bürgerdienste für Flüchtlinge« aufzubauen.
Nach einem Senatsbeschluss vom 2. Februar erhalten die Bürgerämter berlinweit insgesamt 86 neue Stellen – 36 werden auf die einzelnen Bezirke verteilt, ein Pool von 50 Stellen wird zentral durch den Bezirk Mitte verwaltet und besetzt, davon 10 für Charlottenburg-Wilmersdorf, wo sich auch die Erstaufnahmestelle (Bundesallee befindet), 20 für das Rathaus Tiergarten und 20 für die anderen Bezirke.
Die Bewerbungsfrist lief bis Ende Februar, in Mitte gingen über 800 Bewerbungen ein. Die Stellen sollen bis 1. Juni besetzt sein, nach einer Einarbeitungszeit von vier Wochen sollen die neuen Mitarbeiter ihre Tätigkeit aufnehmen. Die Öffnungszeiten des Bürgeramts werden von 35 auf 50 Stunden die Woche ausgeweitet.
Das neue Bürgeramt für Flüchtlinge soll sämtliche »flüchtlingsbezogene Anliegen« bedienen, Flüchtlinge können wie alle anderen Berliner auch Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Zusätzlich sollen sie aber auch über spezifische Angebote (Integrationslotsen, Deutschkurse, Kiezmütter etc.) informiert werden. Das Kompetenzzentrum soll räumlich vom bisherigen Bürgeramt getrennt sein und einen eigenen Warte- und Empfangsbereich erhalten. *us*

Geschäftsstraßenmanagement mit neuer Adresse!

Das Büro »die raumpaner«, das mit dem Geschäftsstraßenmanagement für das AZ-Gebiet Turmstraße beauftragt ist, ist aus Platzgründen umgezogen und hat nun seinen Sitz in der Kaiser-Friedrich-Straße 90 (Charlottenburg). Die Telefonnummer und die Internetadressen sind die alten (siehe Rückseite). Das GSM wird ab Mai regelmäßig im neuen Stadtteilladen präsent sein.

Ch. Eckelt

Neues von TIM

Aktivitäten rund um die Turmstraße

Seit geraumer Zeit treffen sich Moabiter Gewerbetreibende, die sich vor einigen Monaten zur »Turmstraßen-Initiative Moabit« (kurz: TIM) zusammengeschlossen haben, regelmäßig beim gemeinsamen Händlerfrühstück an wechselnden Orten. Dabei diskutieren sie aktuelle Themen, tauschen Infos aus und beraten über gemeinsame Aktionen und Kampagnen für den Kiez. So engagierte sich TIM erfolgreich beim jährlichen Moabiter Kiezfest, die Künstlerin Sara Contini-Frank gestaltete die Kiezkarte »Die Moabiter Insel rund um die Turmstraße«, auf der viel Sehenswertes im Kiez verzeichnet und die auch etliche Adressen von Moabiter Läden, Cafés etc. auflistet. Die Karte liegt in zahlreichen Geschäften aus und stieß auf großen Zuspruch, weshalb TIM das Projekt interaktiv fortführen will. Außerdem gab es im letzten Jahr gemeinsame Aktionen im Frühling und vor Weihnachten. TIM wird dabei maßgeblich vom Geschäftsstraßenmanagement (GSM – Büro »die raumplaner«) unterstützt.

Zudem ist TIM auch mit zwei Stimmberechtigten in der Jury des Gebietsfonds vertreten. Über den Gebietsfonds können kleinere Investitionen und Aktivitäten von Gewerbetreibenden gefördert werden, die auch in den Kiez ausstrahlen, beispielsweise Fassadenverschönerungen, Außengestaltungen, Veranstaltungen u.ä. Über eingehende Anträge stimmt die Jury (in der auch die Stadtteilvertretung Turmstraße und das Bezirksamt Mitte vertreten sind) quartalsweise ab. Das GSM berät und hilft Interessierten gern bei der Antragstellung. Im ersten Quartal 2016 gingen vier Projektanträge ein, über die die Jury im März entscheidet. Anträge können fortlaufend gestellt werden. Zur Förderung von Kulturprojekten als »kleinteilige Maßnahmen« berät das GSM.

Am 21. Mai wird bundesweit der »Tag der Städtebauförderung« begangen, dabei stellen die Städte und Gemeinden Projekte in Gebieten vor, die aus unterschiedlichen Städtebauförderprogrammen finanziert werden. Im AZ-Gebiet Turmstraße wird aus diesem Anlass der dann fertiggestellte 7. Bauabschnitt des Kleinen Tiergartens der Öffentlichkeit übergeben, die Eröffnung wird mit einer Kinderolympiade an den neuen Spiel- und Sportelementen im Park gefeiert. Auch TIM will sich an diesem Tag präsentieren und sich mit der Bereitstellung von Preisen und Gewinnen für die Olympiade beteiligen.
Unterdessen haben die »raumplaner« die inzwischen vierte Pocket-Broschüre in der Reihe »Moabit 21« produziert. Die Themenhefte im handlichen A6-Format stellen Geschäfte und Angebote rund um die Turmstraße vor, im neuen Heft geht es um Gastronomie im Kiez – 21 Cafés, Restaurants und andere Anbieter werden vorgestellt. Das Heft erscheint im April und ist kostenlos in zahlreichen Geschäften und Einrichtungen im Gebiet erhältlich. *us*

Foto: Aus der neuen Broschüre »Moabit 21« zur Gastronomie im Kiez

Darunter wird's zum Hobby

Die »plattform.moabit« in der Oldenburger Straße

Die Goldschmiedin und Designerin Cornelia Stretz verkauft in ihrem Laden plattform.moabit handgefertigte Schmuck-Kreationen. Die Verkaufsfläche ihres Ladens ist sehr flexibel gestaltet: Die Künstlerin nutzt sie häufiger auch mal für Ausstellungen und andere Kulturveranstaltungen.

Wer aus der Turmstraße in die Oldenburger Straße kommt, würde alles erwarten, nur keinen lichtdurchfluteten Designerladen. Genau neben einer lauten Baustelle aber befindet sich hier in einem Jugendstilgebäude mit hoher Stuckdecke der kleine Laden der Designerin und Goldschmiedin Cornelia Stretz.
Auf der linken Wandseite des geschmackvoll eingerichteten Ladens sind Stretz' eigene Schmuck-Kreationen ausgestellt. Das Schaufenster und die rechte Wandseite werden von Taschen und Kissen aus Stoffresten geschmückt, Kunsthandwerk einer guten Bekannten, mit der sich Stretz seit zwei Jahren die Verkaufsfläche und die unmittelbar daran angrenzende Werkstatt teilt.
»Unsere Ästhetik passte einfach gut zueinander«, erklärt Cornelia Stretz, die die Räumlichkeiten vor elf Jahren als Ruine gemietet und mit Hilfe von Freunden und Familie selbst saniert hat. »Und es ist doch auch spannender für mögliche Käufer, wenn es eine Vielfalt gibt, oder?« Aus dem gleichen Grund lässt Stretz die Durchgangstür zum Vintage-Möbelladen »einrichtungsmeisterei« nebenan auch mal auf: »So schaffen wir hier ein Angebot mit Kaufhauscharakter«, lacht sie.
Cornelia Stretz' eigenes »Angebot« variiert. Hauptsächlich kreiert die Designerin klassische Schmuckstücke wie Ketten und Ringe aus experimentellen Materialmischungen wie Silber und Stahlseil oder Weißgold und Dosenblech. Der Designerin ist die Nachhaltigkeit der Materialien wichtig: Wenn sie Edelsteine benutzt, dann nur fair gehandelte. Generell aber interessiert Stretz die Arbeit mit Alltagsmaterialien. Nur mit Gold und Edelsteinen zu arbeiten, fände die gelernte Goldschmiedin nicht nur zu eintönig, sondern auch zu riskant: Im vergangenen Monat ist sie gleich zweimal beinahe ausgeraubt worden.
Wäre ihr Schmuck hochpreisiger, könnte sie ihre Schmuckstücke gar nicht so offen an der Wand ausstellen wie jetzt, meint die Goldschmiedin. Eine ihrer Kreationen kostet im Durchschnitt 150 Euro. »Das ist manchen immer noch zu teuer, aber schon auf Moabit angepasst. Darunter geht's nicht, sonst wird's zum Hobby.« Dafür fertigt Stretz auf Wunsch an und bietet flexible Zahlungsmodalitäten: Als ihre eigene Chefin kann sie Herzensgegenstände auch mal monatelang reservieren oder sich auf Ratenzahlungen einlassen.
Stretz ist keine Künstlerin, die gern alleine für sich im stillen Kämmerlein werkelt, sie ist eine Teamplayerin, eine, die Menschen mag und den Austausch mit anderen sucht. Von Beginn an teilt sie ihre ursprünglich nur als Werkstatt angemieteten Räume mit wechselnden Künstlern. Doch Laden und Werkstatt sind auch nur eines ihrer Standbeine. Ihr zweites ist ein Ausbildungs- und Kulturzentrum in Friedenau: Hier bildet sie gemeinsam mit einer Kollegin 12 junge Frauen mit Brüchen in der Biographie zu Goldschmiedinnen aus.
Der soziale Bereich interessiert Stretz schon seit Langem. In den ersten Jahren hat sie die Räume in der Oldenburger Straße nur als Werkstatt und Projekträume gemietet und Schulaussteigern in Kooperation mit ihren Schulen einen Raum geboten, um ihre handwerklichen Fähigkeiten in der Praxis zu testen.
Mittlerweile trennt die Designerin, Goldschmiedin und zweifache Mutter ihre künstlerische und soziale Arbeit. Das Soziale wird im Kulturzentrum in Friedenau abgedeckt, die Moabiter Räume sind für Kunst und Kultur da: Seit zehn Jahren nutzt Stretz ihren Laden regelmäßig als Galerie oder Veranstaltungsort.
Gerade bereitet die Powerfrau wieder eine Ausstellung vor: Am 9. April wird sie die Ergebnisse ihres interaktiven Kunstprojekts »Schubladenfund« vorstellen. Seit Dezember hat die Designerin Menschen im Kiez aufgerufen, einmal ihre Schubladen zu plündern. Dabei hatte sie eine Upcycling-Idee der anderen Art: Sie wollte abgelegten Schmuckstücken durch kleine Änderungen auf Wunsch neuen Glanz verleihen. Im Gegenzug für Handwerk und Expertise wünschte sie sich die Geschichten hinter dem Schmuck mit Vergangenheit.
Bis zum Ausstellungsbeginn am 9. April sollen insgesamt neun Schubladen bestückt werden. Mindestens drei der Schubladen werden von den Findern der Ausstellungsstücke selber designt, an den restlichen Schubladen sitzt Stretz gerade selbst. Eine von ihnen wird sich mit Schlüsseln ohne Schlösser befassen, eine andere im weitesten Sinne mit Schuld: »Eine Kundin hat ein Erbstück aus Elfenbein gebracht und meinte, sie könne es aus Gewissensgründen nicht tragen.«
Man merkt schnell: Die Schubladen werden inhaltlich und gestalterisch so vielfältig werden wie der Kiez um die Oldenburger Straße, den sich die ursprünglich aus Pforzheim kommende Cornelia Stretz vor mehr als 25 Jahren als neue Heimat gesucht hat und trotz allen Wandels immer noch sehr schätzt. »Wo sonst findet man so viel Vielfalt?« sagt sie lächelnd. »Sogar Urlaub machen kann man hier. Da muss man einfach nur um die Ecke an die Beusselstraße, da ist man direkt im Libanon.« *Eva-Lena Lörzer*

Ch. Eckelt

plattform.moabit, Oldenburger Straße 3a, 10551 Berlin,
Telefon (0160) 984 0 38 62, geöffnet Mo–Fr 12–18 Uhr
www.co-sign.de

Fördergebiet Aktives Zentrum Turmstraße

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung: Carsten Spallek
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Amtsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106
(030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr, donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180/181
Annett Kufeld (030) 90 18-454 36
annett.kufeld@ba-mitte.berlin.de
Evelyn Möbus (030) 90 18-458 59
evelyn.moebus@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 90 18-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Stadtteilvertretung
Die Stadtteilvertretung trifft sich derzeit an jedem 4. Montag im Monat im Rathaus Tiergarten (BVV-Saal)
stv@stv-turmstrasse.de
www.stv-turmstrasse.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
Gisbert Preuß (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de
Andreas Wilke (030) 33 00 28 36
wilke@kosp-berlin.de
René Uckert (030) 33 00 28 33
uckert@kosp-berlin.de
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement
die raumplaner
Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Sabine Slapa, Georg Thieme, Jan Abt
(030) 37 59 27 21
gsm@die-raumplaner.de
www.die-raumplaner.de

Quartiersmanagement Moabit-West
(Beusselstraße) Rostocker Straße 3, 10553 Berlin (030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin